

„So vielfältig wie Du“

Dejan Perc im Porträt

■ Am 26. September sind Bundestagswahlen. Mit Dejan Perc tritt für die SPD ein Stuttgarter zur Wahl an, der auf einen steinigen Weg zurückblickt und viele Herausforderungen moderner Gesellschaften am eigenen Leib erfahren hat.

Vielfalt ist die Herzensangelegenheit für Dejan Perc, der für die SPD im Wahlkreis Stuttgart II als Direktkandidat antritt. Es ist das Resultat seiner Biografie, die in modernen und bunten aber auch ungleichen Gesellschaften wie unserer keine Seltenheit mehr ist.

Die Eltern von Dejan Perc kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien als Gastarbeitende nach Deutschland. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Kinder von Einwanderern zunächst auf die Hauptschule geschickt wurden. Dennoch schaffte er über Umwege den Weg bis zum Abitur und konnte schließlich studieren.

Seit drei Jahren ist Dejan Perc glücklich mit seinem Mann verheiratet und hat seit kurzem eine Tochter. Solche Familienmodelle sind dank der SPD gesellschaftlich akzeptiert und mittlerweile auch rechtlich weitestgehend gleichgestellt. Es sollte egal sein, welches Geschlecht man liebt und auch persönliche Einstellungen und Lebensentscheidungen sollten nicht darüber entscheiden, wie Sie behandelt werden und welche Möglichkeiten Sie haben.

„Eine Gesellschaft des Respekts“

Deshalb kämpft Perc für eine Gesellschaft des Respekts, in der die Herkunft nicht über die Zukunft entscheidet und für Rassistinnen und Rassisten kein Platz ist: „Ich kandidiere, weil ich mich für Integration und Migration, Geschlechtergerechtigkeit, den Kampf gegen rechts, die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher



Dejan Perc (SPD) bewirbt sich im Wahlkreis Stuttgart II, zu dem auch Botnang gehört, für ein Direktmandat für den Bundestag.
Bild: Dejan Perc

Partnerschaften, die Digitalisierung und die Finanzpolitik einsetzen möchte“ erklärt Perc.

Dabei befindet sich nicht nur unsere Gesellschaft im Wandel. Corona, der Klimawandel und die Digitalisierung sorgen für eine Neuordnung in unserer Stuttgarter Industriemetropole. Die gesamte Automobilwirtschaft ist mitten im Umbruch und es stellt sich die Frage, welche Rolle das Auto mit Verbrennungsmotor in Zukunft noch spielen wird.

Nachhaltige Arbeitsplätze

Damit gute Arbeit noch morgen da ist, setzt sich Perc für die Sicherung unserer Arbeit ein und weiß den Wandel als Chance für neue nachhaltige Arbeitsplätze zu nutzen. „Technologieoffenheit ist notwendig, um bei Bedarf den Kurs in der Mobilitätswende ändern zu können“, so Perc. Dafür sei es unentbehrlich, massiv in Forschung und Entwicklung zu investieren. Klar sei aber, dass die Unternehmen in die Pflicht genommen wer-

den müssen, Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft zu übernehmen. Zum einen seien Weiterbildung und Qualifizierung essenziell, damit die Beschäftigten sich neue Tätigkeiten aneignen können. Außerdem müssen Unternehmen stärker ausbilden, um gute Fachkräfte für die Zukunft heranzuziehen. Zuletzt darf eines nicht aus dem Blick genommen werden: Profite müssen gerecht verteilt werden.

„Das sind die Themen, die mich jeden Tag antreiben und motivieren, mich politisch zu engagieren und einzubringen“, schließt Perc. So wie Perc gibt es viele Menschen, deren Lebensläufe nicht geradlinig sind. Stuttgart und seine Einwohnerinnen und Einwohner sind vielfältig. Am 26. September wird entschieden, wie vielfältig der künftige Bundestag wird.

Herausgeber: SPD-Ortsverein
Stuttgart-Botnang
V.i.S.d.P.: Felix Goldberg
Vaihinger Landstraße 116
70195 Stuttgart
Telefon 0171 3158594
Redaktion: Daniel Campolieti ·
Felix Goldberg · Joachim Sofka
Satz: Felix Goldberg

Aus Respekt: Politik der Gerechtigkeit und Fairness

Grußwort von Olaf Scholz



„Vieles dauerte zu lange, vieles wurde von der CDU/CSU blockiert“. In seinem Grußwort erklärt Olaf Scholz, worin die zentralen Herausforderungen für unser Land bestehen und warum eine Regierung ohne die Union helfen würde diese zu meistern.

Bild: SPD

■ In seinem Grußwort resümiert Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD, die Große Koalition, zeigt, wieso ohne die Union zu regieren besser ist als mit ihr zu regieren und gibt einen Überblick über die zentralen Herausforderungen für unser Land.

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart-Botnang,

Ihre Stimme hat Gewicht. Die Bundestagswahl in diesem September wird ungewöhnlich und spannend sein. Zum ersten Mal seit 1949 tritt der Amtsinhaber beziehungsweise die Amtsinhaberin nicht wieder an. Ich will der nächste Kanzler werden.

Jetzt geht es um unsere Zukunft. In Deutschland kann etwas Neues beginnen! Und ich bin überzeugt, dass gerade jetzt die SPD die Partei ist, die für

Aufbruch und Modernisierung steht. Ich habe eine klare Vorstellung davon, wie wir den Wohlstand in unserem Land sichern und für mehr Respekt in der Gesellschaft sorgen können.

Am Anfang der 2020er Jahre stehen wir in Deutschland vor gewaltigen Aufgaben, die unserem Land kein „Weiter so“ erlauben. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den vergangenen Jahren in der Regierung einiges bewegt: etwa die Abschaffung des Soli für fast alle, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Grundrente und ein weitreichendes Klimaschutzgesetz. Aber vieles dauerte zu lang, vieles wurde von CDU/CSU blockiert.

Die SPD steht für sichere und gut bezahlte Arbeit – auch in Zukunft. Der Klimaschutz ist das existenzielle Thema unseres Jahrhunderts. Das bedeu-

tet eine zweite industrielle Revolution. 250 Jahre lang gründete sich der Erfolg unserer Industrie auf der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas. Nun müssen – und wollen wir innerhalb von knapp 25 Jahren auf Erneuerbare Energien umstellen, um klimaneutral zu wirtschaften. Wir müssen schon im nächsten Jahr die Weichen stellen für eine gute Zukunft und brauchen ein Jahrzehnt der Investitionen: in die Energieerzeugung, in moderne Verkehrskonzepte, in den Wohnungsbau. Es braucht Führung, damit das gelingt. Dafür stehe ich.

Es geht auch um Respekt. Wir brauchen eine Politik, die faire Spielregeln, Gerechtigkeit und Fairness durchsetzt. Wir erleben eine Zunahme unsicherer Arbeitsverträge und niedriger Löhne. Aber gerade deshalb brauchen wir zusätzliche Regeln – etwa den Mindestlohn von 12 Euro, der zehn Millionen Angestellten eine Lohnerhöhung bringt – außerdem mehr Tarifbindung und starke Betriebsräte.

Und es geht um ein starkes und souveränes Europa. Wie Krisenbewältigung gehen kann, das hat die Europäische Union mit ihrer kraftvollen gemeinsamen Antwort auf die Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen. Anders als in der Finanzkrise ist Europa nicht auseinandergedriftet, sondern steht zusammen.

Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich mit dem Versprechen, diese drei Themen kraftvoll anzupacken. Ich stehe für sichere Arbeit und Klimaschutz, für 12 Euro Mindestlohn, stabile Renten und faire Mieten.

Am 26. September entscheiden Sie, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, ob die Weichen gestellt werden für eine Zukunft, die unseren Wohlstand auch noch in 20 und 30 Jahren sichert. Ich habe einen genauen Plan, was jetzt zu tun ist, um unser Land zu verbessern, Arbeitsplätze zu sichern und eine gute Zukunft zu schaffen. Für Sie, für ihre Kinder, für Deutschland.

*Ihr
Olaf Scholz*

Die Automobilindustrie im Umbruch

“Wenn Mercedes hustet, bekommt die Region eine Lungenentzündung“

■ Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Corona, der Klimawandel und die Digitalisierung sorgen auch in der Industriemetropole Stuttgart für einen Umbruch. Der Ausspruch “Wenn Mercedes hustet, bekommt die Region Stuttgart eine Lungenentzündung” versinnbildlicht die große Abhängigkeit der Region von der Automobilwirtschaft.

Durch die vielen internationalen, gesellschaftlichen und ökologischen Veränderungen gerät die Automobilbranche zunehmend unter Druck. Dies betrifft Stuttgart in besonderem Maße. Auf der einen Seite genießen die Autohersteller und zum Teil auch ihre Zulieferer den Ruf sicherer und stabiler Arbeitgeber. Auf der anderen Seite gibt es aber weniger Festanstellungen und mehr befristete Verträge. Einerseits sprudeln Milliarden Gewinne, andererseits wird während der Corona-Pandemie Kurzarbeit angemeldet, was zu Lohnverzicht durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führte. Dividenden werden ausgeschüttet, gleichzeitig werden die Tarifverhandlungen noch härter geführt. In diesem Spannungsfeld braucht es jemanden, der dafür sorgt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unter die Räder geraten.

Das beschriebene Lagebild ist kein Problem, das nur in Stuttgart existiert. Die gesamte Automobilwirtschaft ist mitten im Umbruch. Die Ursache erklärt sich mit der lange unbeantworteten Frage, welche Rolle das Auto mit Verbrennungsmotor in Zukunft noch spielen wird.

Chance auf nachhaltige Arbeitsplätze

Damit wir auch noch morgen gute Arbeit haben, setzt sich der Bundestagskandidat der SPD, Dejan Perc, für die Sicherung unserer Arbeitsplätze ein: „Der Wandel muss als Chance für neue nachhaltige Arbeitsplätze genutzt werden.“ Im Gespräch mit Michael Häberle, Betriebsratsvorsitzender des Mercedes-Benz-Werks Stuttgart-Untertürkheim, kamen beide zum selben Fazit: „Es ist

unentbehrlich, massiv in Forschung und Entwicklung zu investieren.“ Die SPD wolle durch Investitionsanreize und Förderprogramme die Mobilitätswende aktiv gestalten, damit die Automobilindustrie Leitindustrie bleibt und die Zukunft der vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert sei, so Perc. Ziel sei die massive Elektrifizierung des Verkehrs. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren. Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben.

Verantwortung gegenüber Belegschaft

Dabei solle die staatliche Unterstützung keine Einbahnstraße sein, die ausschließlich der Wirtschaft zugute kommt. „Die Unternehmen müssen mehr Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft übernehmen.“ Zum einen seien Weiterbildung und Qualifizierung essenziell, damit die Beschäftigten sich neue Tätigkeiten aneignen können. Außerdem müssten Unternehmen stärker

ausbilden, um gute Fachkräfte für die Zukunft zu haben. Schließlich müssten die Profite gerecht verteilt werden. Gewinne ausschütten, wenn man im gleichen Jahr Kurzarbeitergeld vom Staat erhält, das gehe nicht.

Mindestlohn und Tarifbindung

Viele Jobs in Stuttgart sind hervorragend bezahlt und zukunftsfähig. Aber das gilt nicht für alle Arbeitsplätze. Dies benötigt gerechte Löhne, einen Mindestlohn von 12 Euro oder auch den gleichen Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Vergleich mit Festangestellten. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung müsse zwingend vorgenommen werden, damit die Menschen Sicherheit für ihre individuelle Lebensplanung haben, fordert Perc. „Da Tarifverträge für Stabilität in der Wirtschaft, aber auch gute Arbeitsbedingungen sorgen, sollen sich möglichst viele Unternehmen an Tarifverträgen beteiligen“. Dabei solle es vereinfacht werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.



Die Industrieregion Stuttgart hängt am Tropf der Automobilindustrie. Ein erfolgreicher Umbruch ist zentral für den Wohlstand.
Bild: Simone M. Neumann

Teilhaben und Mitgestalten

Soziale Gerechtigkeit leben, gerade in und nach der Pandemie

■ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Nach unserem Grundgesetz sind alle Menschen gleichberechtigt. Wer aber meint, damit sei soziale Gerechtigkeit schon eingeführt und erledigt, der irrt – es gibt noch viel zu tun, wie Dejan Perc, Kandidat für das Direktmandat für den Bundestag im Wahlkreis Stuttgart II im Interview verrät.

Botnanger Keiler: Hallo Dejan. Vielen Dank, dass du dir in der für dich sicherlich sehr intensiven Zeit Zeit für unser Interview nimmst.“

Dejan Perc: Das mache ich gerne.

Vielfalt ist das zentrale Motto für dich und wer dich kennt, weiß auch warum. Was bedeutet Vielfalt für dich?

Ich treffe jeden Tag so viele verschiedene Menschen in Stuttgart, die mich faszinieren und beeindrucken. Es gibt in unserer Gesellschaft so viele verschiedene Lebensentwürfe. Zum Beispiel passt nicht für alle die klassische Ehe. Dennoch wollen Menschen Verantwortung auf Dauer füreinander übernehmen und eventuell auch eine Familie gründen. Ich möchte den Menschen unserer Stadt in Berlin eine Stimme geben und mich dafür einsetzen, dass Deutschland bunt bleibt und die Demokratie gestärkt wird und für alle Lebensentwürfe eine Heimat bietet.

Du hast einige Themen, die dich sehr beschäftigen. Wenn man versuchen müsste, das auf wenige Begriffe zu reduzieren, käme man schnell auf „Solidarität“ oder „soziale Gerechtigkeit“. Beides sind Themen, gegen die eigentlich niemand ist. Fast niemand sagt, ich bin gegen so-

ziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist es ein sehr breiter Begriff. Was verstehst du unter sozialer Gerechtigkeit?

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und dieses mitzugestalten. Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch, dass jede und jeder Zugang zu guter Bildung erhält und einer ausreichend vergüteten Arbeit nachgehen kann - unabhängig vom Geschlecht, der Sexualität, der Religionszugehörigkeit oder der Ethnie.

Auch wenn wir die letzten Jahrzehnte Fortschritte verzeichnen durften, sind wir in Deutschland noch weit vom Gleichstellungsideal, das im Grundgesetz verankert ist, entfernt: Kinder, deren Eltern schon Akademikerin oder Akademiker sind, nehmen fast dreimal so häufig ein Universitätsstudium auf wie Kinder aus nicht-akademischen Haushalten.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Studienplätze zu Lasten vieler Ausbildungsberufe.

Es geht nicht darum, ob man eine Ausbildung beginnt oder studiert, sondern darum, dass die soziale Herkunft häufig stark beeinflusst, was aus jemandem wird und welchen Beruf man später ausübt. Dasselbe gilt auch für das Geschlecht. Noch immer verdienen Frauen rund 21 Prozent weniger als Männer und noch immer sind soziale Berufe schlechter bezahlt als andere Berufe. Die Arbeitswelt ist von einer zunehmenden Flexibilisierung betroffen und Auszubildende leiden unter der Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverhältnisse.

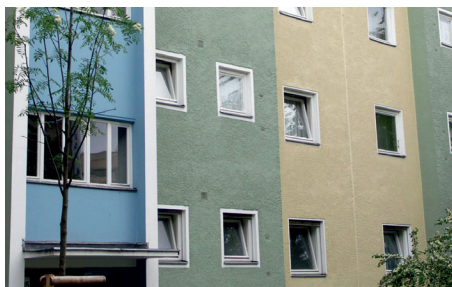
Und diese Belastungen sogenannter geringverdienenden Familien führen dazu, dass ganze Bevölkerungsgruppen keine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben: Wer andauernd damit beschäftigt ist, die eigene Familie durchzubringen oder sich den nächsten befristeten Job zu angeln, hat kaum Zeit, sich gesellschaftlich einzubringen. Gut aufwachsen geht anders. Wir tre-

ten deshalb vor allem für die Förderung sozial benachteiligter Gruppen ein, insbesondere im Rahmen der Kindergrundsicherung. Dazu gehört auch die Auszahlung eines Kindergeldes, das dem höheren Bedarf sozial benachteiligter Familien gerecht wird.

Wichtig sind aber auch körperlich benachteiligte Menschen: Der durchschnittliche Monatsverdienst in einer Behindertenwerkstatt liegt bei gerade mal 207 Euro. Damit ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das Recht auf gute Arbeit nicht einmal annähernd gesichert. Das gesellschaftliche Leben muss inklusiv gestaltet werden – sowohl auf dem Arbeits- als auch dem Wohnungsmarkt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir besonders die Kommunen unterstützen.

Neben der Inklusion ist auch die Integration eine der Herausforderungen. Auffallend ist, dass häufig Zugewanderte ebenfalls Schwierigkeiten haben, gesellschaftlich in gleicher Weise teilzuhaben, wie es Familien tun, die schon seit Generationen in Deutschland leben.

Das ist ein wichtiger Punkt. 37 Prozent der Kinder in Deutschland haben eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Und obwohl es so ein großer Anteil der Mitbürgerinnen und Mitbürger ist, gehören Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig zu den Geringverdienenden. Bezahlbarer Wohnraum und gleichwertige Bildungschancen sind deshalb unabhängig. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte erleben noch immer Diskriminierung in Bezug auf den Zugang zu höherer Bildung. Häufig kommt es dabei zu einer Häufung von sozialen Ungerechtigkeiten. Neulich habe ich mit einer jungen Nigerianerin, Sarah Ojikutu, gesprochen. Sie wurde von ihrer alleinerziehenden Mutter aufgezogen und pflegte drei Jahre lang ihre Großmutter. Nach drei Jahren konnte sie sich erfolgreich für ein Studium in Cambridge qualifizieren. Doch nach dem Brexit ist ein Auslands-BAföG für Großbritannien nicht mehr möglich. Sozial benachteiligte junge Menschen darf der Zugang generell und bei hö-



Die angespannte Wohnsituation trifft vor allem Geringverdienende. Bild: colourbox

herer Bildung im Speziellen nicht aus finanziellen Gründen versperrt bleiben. Das ist wichtig, weil ein Abschluss an teuren Auslandsuniversitäten oder unbezahlte Auslandspraktika eine unausgesprochene Voraussetzung für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger von morgen sind.

Doch Integration betrifft nicht nur die Kinder von Menschen, die vor längerer Zeit zu uns gekommen sind. Auch neu zu uns gestoßene Asylbewerberinnen und Asylbewerber brauchen mehr Chancen: Ist ein Asylverfahren noch nicht abgeschlossen, dürfen diese Menschen den Umkreis des zuständigen Amtes nicht verlassen. Da die Asylheime oft in schlecht angebundenen Regionen liegen, können diese Menschen häufig keiner regulären Beschäftigung nachgehen. Diese Einschränkungen machen nicht nur krank, sondern erschweren auch Integration. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Alle Menschen, die zu uns kommen, sollen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erhalten und einer Beschäftigung nachgehen können. In Kombination mit der Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland legen wir so den Grundstein für eine gelingende Integration.

Auch die Folgen der Corona-Pandemie sind eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Können wir auch sozial aus der Pandemie lernen?

Corona zeigt, dass der Markt nicht alles regelt und es eines starken Staates bedarf, um Krisen zu bewältigen. Die Pandemie ist eine Bedrohung für viele Menschen und Unternehmen. Auf Initiative und Druck der SPD wurden milliardenschwere Konjunktur- und Hilfsprogramme aufgelegt, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Diese Konjunkturprogramme haben Arbeitsplätze und Existenzen gesichert, Massenentlassungen verhindert und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. So ist auch in Stuttgart sichergestellt, dass wir auch in Zukunft Autos, Maschinen und andere Waren in die ganze Welt exportieren können.

Ich finde ungerecht, dass die Vermögen der Reichsten in Deutschland und auf

der Welt trotz Corona stark gestiegen sind. So besitzt das reichste Prozent in Deutschland inzwischen genau so viel wie 75 Prozent der weniger Vermögenden. Zudem wird es für Familien und Personen, die einmal unter die Armuts- grenze gerutscht sind, immer schwerer, diese wieder zu verlassen. Daher ist für mich klar, dass die Profiteurinnen und Profiteure der Krise stärker an der finanziellen Folgenbewältigung beteiligt werden müssen.

Unser Steuersystem muss aber generell gerechter werden. Deutschland ist schon jetzt eines der Länder mit der höchsten Vermögensungleichheit in Europa. Diese Ungleichheit wirkt sich auch negativ auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft aus. Daher muss für diejenigen, die besonders viel verdienen, ein Aufschlag von drei Prozent auf die Einkommenssteuer gelten. Bei Verheirateten soll dieser Aufschlag für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr gelten, bei Ledigen oberhalb von 250.000 Euro im Jahr. Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

Schauen wir noch einmal an das untere Ende der Einkommensstabelle. Die Nachteile, die zu unterbrochenen Erwerbsbiografien oder zu geringerer Bildung führen, wirken sich ja nicht nur unmittelbar auf die Lebenssituation aus, sondern werden im Alter noch verschärft. Wie stellst du dir vor, dass man die langfristigen Probleme von Altersarmut in den Griff bekommt.

Ja, die Entwicklungen passen für mich nicht zu meinem Verständnis vom Respekt vor der Würde aller Bürgerinnen und Bürger. Alle müssen ein Recht auf eine sichere Rente und eine gute Pflege haben. Es geht um Respekt und Wertschätzung der Arbeit und darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen und von dem erworbenen Lebensstandard nicht erheblich einzubüßen. Wir wollen daher die gesetzliche Rente stärken und für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent eintreten. Dazu gehört auch eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familien-

bedingte Tätigkeiten müssen bei den Renten zukünftig gerechter behandelt werden. Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe.

Häufig bedeutet die Altersarmut auch, dass Menschen in der Zeit, in der sie eigentlich ihren Lebensabend genießen könnten, erst einmal eine neue Wohnung suchen müssen, weil die Rente nicht mehr für die bisherige reicht.

Ein Dach über den Kopf zu haben ist ein wesentlicher Teil von Teilhabe, das stimmt. Für uns als SPD ist Wohnen eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das gilt unabhängig vom Alter. Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung – selbst mit mittlerem Einkommen. Wir wollen daher bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu sollen alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden. In angespannten Wohnlagen soll zusätzlich ein zeitlich befristetes Mietmoratorium eingeführt werden, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Bodenpolitik muss sich wieder stärker am Gemeinwohl orientieren. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen.

Lieber Dejan, vielen Dank für das tolle Gespräch und viel Erfolg im weiteren Wahlkampf.



Inklusion sorgt für gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Handicaps Bild: colourbox

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit verbinden

Die wirtschaftlichen Chancen von Klimaschutz erkennen

■ **Die Industrie- und Technologieregion Stuttgart kann von klimafreundlichen Innovationen profitieren und so den Wohlstand künftiger Generationen sichern. Daher sollte man den Klimaschutz als Chance für den Standort verstehen.**

Die Folgen des Klimawandels sind immer stärker in Deutschland zu spüren. Die Abschwächung des Jetstreams sorgt für stabilere Wetterlagen. Das erklärt die Dürren in den vergangenen Sommern oder den vielen Regen in diesem. Flutkatastrophen gab es schon immer, wo der Mensch nah an Gewässern siedelte. Die veränderten Wetterlagen machen solche Ereignisse jedoch wahrscheinlicher und somit häufiger. Dabei ist die Abschwächung des Jetstreams ebenfalls eine Folge der globalen Erwärmung. Die Hitze über dem Nordpol ist die Ursache für die stabilen Wetterlagen über Europa.

Die Katastrophe zeigt, wie verwundbar wir in Deutschland für die Klimafolgen sind. Menschen haben ihre Häuser, teilweise ihr Leben verloren. Milliarden an Infrastruktur wurden zerstört. Landwirte, Winzer und verarbeitende Industrie haben ebenfalls Schäden in Millionenhöhe. Wir haben in Kalifornien Wälder von der Fläche Bayerns

brennen sehen. In Australien wüteten monatelang Feuer. Zehntausende Tiere starben. Und der Meeresspiegel steigt stetig ob des schmelzenden Grönland-eises. Nun spüren wir die Folgen auch in Europa.

Häufig enden Debatten über den Klimaschutz in einer Sackgasse zwischen Verboten und Wohlstand. In der Tat haben viele Sorge, den hart erarbeiteten Wohlstand durch Einschränkungen zu verlieren, obwohl die meisten grundsätzlich darüber einstimmen, dass gehandelt werden muss.

Es ist richtig, dass der Klimaschutz Gesellschaften viel abverlangt. Bis 2045 soll Deutschland gemäß dem Pariser Abkommen klimaneutral werden. Nur so kann die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzt werden. Um dies zu erreichen, muss es Veränderungen geben, sowohl technologisch als auch im Verhalten der Menschen. Doch im Klimaschutz liegt für Deutschland auch eine Chance.

„Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale und eine hohe Dynamik für Stuttgart. Wir wollen die ökologische Transformation zu einem ‚Jobmotor‘ machen, indem wir die Industrie in Stuttgart bei diesen Pro-

zessen begleiten und neue, sichere und gut bezahlte Jobs schaffen. Klimaschutz ist für uns in Stuttgart nicht nur eine ökologische und technische, sondern auch eine soziale Herausforderung“, findet Dejan Perc, Direktkandidat für den Bundestag der SPD.

Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte sollten Solarstrom beziehen. Klimafreundliches Unternehmertum muss finanziell Anreize erfahren. Unternehmen sollen perspektivisch berichten müssen, welche Risiken ihre Tätigkeit für die Gesellschaft hat, so dass die Finanz- und Kapitalmärkte soziale und nachhaltige Unternehmen belohnen können.

Die Vision lautet, dass bis 2045 Leben, Arbeiten und Wirtschaften keine negativen Auswirkungen mehr auf das Klima hat. Die Energieversorgung Deutschlands müsse dann vollständig auf erneuerbaren Energien basieren und auch unsere Gebäude würden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt, so Perc. Die Stuttgarter Industrie nutzt die Digitalisierung und ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht.

Beim Ausbau der benötigten Infrastruktur hängt die Bundesrepublik noch hinterher. Der Ausbau von Ladesäulen für Elektro-Autos, Wasserstoffleitungen, Bahnstrecken und Stromnetzen, aber auch bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen muss an Tempo zulegen. Gleichzeitig muss die Politik die Bürgerinnen und Bürger bei diesen großen Transformationsprozessen mitnehmen: „Wir werden es uns zur Aufgabe machen, neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen. Die Expertise der Menschen einzubeziehen, verbessert die Qualität der Entscheidungen, reduziert Kosten und erhöht die Akzeptanz“, erklärt Perc. Nur gemeinsam könne der Weg zur Klimaneutralität gelingen.



Bei den anstehenden Transformationsprozessen auf dem Weg zur Klimaneutralität muss die Politik die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, findet Dejan Perc.
Bild: Dejan Perc

Demnächst auch in Deutschland

Warum der Rückstand bei der Digitalisierung aufgeholt werden muss

■ **Deutschland hängt in allen Bereichen der Digitalisierung hinterher. Dabei ist dieser Querschnittsbereich wichtig, um leistungsfähig zu bleiben.**

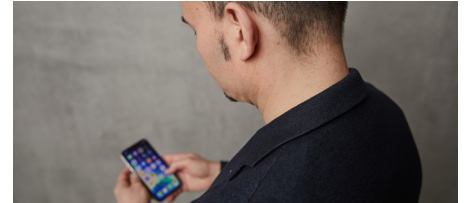
Unter Digitalisierung schien man in Deutschland lange ganz Unterschiedliches zu verstehen: Während die einen meinten, schon die Abschaffung des Faxgerätes sei Digitalisierung, waren andere händeringend auf der Suche nach einem Zugang zu Höchstleistungsrechnern. In Stuttgart kennen wir das Problem: Auf der einen Seite gibt es eine Verwaltung, die in vielen Punkten noch hinterherhinkt, und auf der anderen Seite steht hier einer der schnellsten Supercomputer der Welt.

Eine digitalisierte wäre eine bürgernähere Verwaltung. Der Staat muss einfache, barrierefreie Online-Zugänge zu allen öffentlichen Dienstleistungen schaffen. Dabei sind vor allem Open-Source-Lösungen sinnvoll, damit die Software und die Daten, die dem Gemeinwohl dienen, auch der Gemeinschaft gehören. Open-Source-Lösungen sind Programme, bei denen der Quellcode öffentlich einseh- und änderbar ist.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie viel Aufholbedarf die Schulen haben.

Viele Kinder konnten dem Distanzunterricht nicht folgen, weil sie keinen Computer hatten oder sie mussten Aufgaben auf Smartphones erledigen. Oder Unterlagen konnten nicht ausgedruckt werden. Diese Liste ließe sich lange fortführen. Damit der Lernerfolg nicht von der Verfügbarkeit des Computers zuhause abhängt, müssen die Lernenden und Lehrenden mit Geräten ausgestattet werden. Um diese auch nutzen zu können, sollte ab 2030 jede Schule und jedes Unternehmen mit mindestens einem Gigabit pro Sekunde ins Internet kommen können. Dies käme nicht nur der Bildung zugute, sondern stärkt auch die Wirtschaft. In Stuttgart gibt es tatsächlich international tätige Unternehmen, die für ihre Arbeit keine ausreichende Datenanbindung haben. Gerade Stuttgart als Industriestandort braucht gutes Internet und den digitalen Fortschritt, damit hier auch weiterhin die Zukunft der Digitalwirtschaft und Mobilität entwickelt werden kann.

Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit muss gefördert werden, damit die Digitalisierung allen zugutekommt. Leider entstehen in virtuellen Räumen neue Phänomene wie Cyber-Kriminalität, Hassreden oder (sexuelle) Belästigungen. Digitale Hetze muss genauso konsequent verfolgt werden wie



Digitalisierung ist Zukunft. Bild: Dejan Perc

ihre analogen Formen. Menschen säen Verschwörungstheorien und gefährden dabei die Demokratie. Wo Respekt fehlt, zerfällt die Gesellschaft. Das ist der Nährboden für Rechtsextreme.

„Wir benötigen für den Schutz unserer Demokratie auch im Netz ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten“, folgert Dejan Perc, der für die SPD für den Bundestag kandidiert. „Wir werden die Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene ein. Dabei dürfen Freiheitsrechte nicht gegen Sicherheitsanforderungen ausgespielt werden“. Entsprechende Angebote gibt es derzeit nur auf privater Basis: www.hassmelden.de ist ein Beispiel für eine Plattform, die gegen Hassreden eintritt und Betroffene unterstützt. Solche Angebote sollten weiter bekannt gemacht und gefördert werden.

Meinung: „Mal ziemlich grundsätzlich“

Es gibt ziemlich viele Leute, die dagegen sind. Gegen Preiserhöhungen, gegen den Klimawandel, gegen Impfungen, gegen den Lockdown, gegen Veränderungen, gegen Fahrverbote, gegen Baustellen, gegen Flüchtlinge, gegen Plastikmüll, gegen Minarette, gegen Antisemitismus, gegen Tempolimits, gegen Hundesteuer, gegen Nazis, gegen Obdachlose, gegen Unternehmer, gegen Steuerhinterzieher, gegen wasauchimmer. Sind wir zu einer Gesellschaft der Gegen-Sätze, Gegen-Spieler und Dagegen-Sager geworden? Aber wofür sind wir eigentlich?

Hand auf's Herz: Es ist vermutlich einfacher DAGEGEN zu sein, als DAFÜR. Gegen etwas zu sein, hat jedoch meist

kein Ziel. Jedenfalls in der Politik. Für etwas zu sein heißt meist, einen Gesamtzusammenhang zu erkennen und einzelne Elemente hiervon oder das Ganze gut zu heißen und zu befürworten. Etwas befürworten unter Berücksichtigung der Wirkungen immer auch für das Ganze. Für die Gesellschaft.

Viele solcher Mogelpackungen dafür oder dagegen werden uns laufend präsentiert. „Erhöhte innere Sicherheit heißt: Mehr Polizei“. „Mehr internationale Präsenz“ heißt: Mit einem Kriegsschiff durch den Indo-Pazifik kreuzen. „Mehr Klimaschutz“ heißt: Die Laufzeiten für den Braunkohletagebau zu verlängern! Diese Liste der Synonyme bzw. Tarn-Positivismen kann beliebig

verlängert werden, der Fundus an kreativen Formulierungen der jeweiligen Verwender ist unerschöpflich.

Letztlich stecken in solchen Formulierungen ganze Sprengladungen an Unehrlichkeiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Botnang heißen solche Irreführungen nicht gut. Die Dinge müssen offen und ehrlich angesprochen und aufgezeigt werden. Und Lösungen für Probleme müssen offen, ehrlich und angstfrei vorgeschlagen werden. Nur so kann eine konstruktive und dem Land hilfreiche und förderliche Tagespolitik stattfinden. Das ist unsere Linie. Wir stehen FÜR unsere Ziele. In Botnang seit 131 Jahren. *Joachim Sofka*

„Den Stadtbezirk weiterdenken“

Wie der Bund die Kultur und die Infrastruktur in den Kommunen fördert



Die Bundestagswahl entscheidet, wie viel Geld den Kommunen zur Verfügung steht, um in nachhaltige Infrastruktur und kulturelle Angebote zu investieren. Bild: Wolfgang Urban

■ **Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die Pandemie hat große Löcher in die Haushalte der Städte und Landkreise gerissen. Dabei stehen Investitionen in eine nachhaltige und substanzvolle Infrastruktur sowie der Sicherung kultureller Angebote an, damit die Städte lebenswert bleiben.**

„Wir müssen Botnang weiterdenken“, sagt Joachim Sofka, Beisitzer im SPD Ortsverein Stuttgart-Botnang und Teilnehmer bei der Beteiligung zur zukünftigen Ausgestaltung des Verkehrs in Botnang. Er zieht Parallelen zur Bundespolitik. Es fehle mit der Union an einer fortschrittlichen und zukunftsorientierten Politik. „Man läuft den Ereignissen hinterher anstatt Probleme proaktiv anzugehen und somit zu gestalten anstatt nur zu reagieren“. Dies sei beispielsweise in der Wohnungspolitik zu sehen, so Sofka: „Längst war der jetzt höchst akute Wohnungsmangel von Expertinnen und Experten vorausgesagt worden. Die Union zeigt sich diesbezüglich bis heute nicht zum Handeln veranlasst.“

Auch in Botnang könne man das Zusammenleben positiver gestalten. Viele Botnangerinnen und Botnanger sind erst in der kürzeren Vergangenheit in den Stadtteil gezogen, so auch Sofka, „Wir sollten versuchen, die Kluft zwischen angestammten und Schlafstadtbotnangern und Botnangerinnen zu verringern. Er schlägt nach der Pandemie mehr und abwechslungsreichere Events im Stadtbezirk und mehr Projekte für die lokalen Wirtschaftstreibenden vor.

Die Neugestaltung des Marktplatzes ist dabei ein guter Anfang, aber auch ein gutes Vorbild, was in Botnang möglich ist. Darauf muss aufgebaut werden. Zum Beispiel beim Verkehr. Die Verkehrsberuhigung in den neuralgischen Bereichen wie Grieg-, Franz-Schubert- und Schumannstraße, aber auch Beethoven- und Klinglerstraße kann die Wohn- und Lebensattraktivität dieser Bereiche verbessern. Im Kontext des Neubaus des Jugendhauses bietet sich zum Beispiel die Möglichkeit, die zum Teil vierspurige Regerstraße so zu entwickeln, dass man mit verschiedenen Verkehrsmitteln sicher zum neuen Jugendhaus gelangt.

Vor Ort setzen sich die Bezirksbeiräte der SPD Dirk Bulander und Saskia Goldberg für eine Weiterentwicklung Botnangs ein. Aber auch die Bundestagswahlen entscheiden maßgeblich darüber, wie viel Geld den Kommunen zur Verfügung steht um die Infrastruktur zu erneuern. Gerade in Zeiten leerer Kassen aufgrund der Pandemie sind daher die Bundestagswahlen eine Richtungsentscheidung, wie es in den Städten weitergeht.

208 Millionen Euro fließen vom Bund nach Stuttgart

Gegen den Widerstand der Union hat die SPD einige direkte Zuschüsse an die Kommunen im Koalitionsvertrag untergebracht und schließlich auch in der Regierung umgesetzt. Über diese Bund-Kommunen-Beziehung wurde bislang wenig berichtet. Stuttgart hat in besonderem Maße von Zuweisungen aus Berlin aber auch vom Land profitiert. 208 Millionen Euro fließen als Ausgleich für Steuerausfälle, Kostenübernahmen für Schutzkleidung des Klinikums und entfallene Kita-Gebühren in die Kassen der Landeshauptstadt. Vor allem Olaf Scholz hat die Stabilisierungsprogramme und vielfältigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Kommunen durchgesetzt. Hierzu zählt auch die vollständige Übernahme der

Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ebenso übernommen werden die Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte. Im ganzen Land sichern 130 Milliarden Euro Investitionen in Städten und Gemeinden. Ein riesiges Konjunkturpaket mit sozialdemokratischer Handschrift.

Die Weiterentwicklung des Städtebaus in Stuttgart unterstützte der Bund in den vergangenen vier Jahren mit beinahe 30 Millionen Euro. Diese flossen zum Beispiel in die Projekte Aktives Stadtteilzentrum Innenstadt und Stöckach, für die Sanierung und Entwicklung des Hospitalviertels und für das Projekt Soziale Stadt Fasanenhof

Preise für das BIX und die Kiste

Aber auch die Kulturszene profitierte von Zuschüssen aus Berlin. Die Auszeichnung für die Programmplanung unabhängiger Spielstätten belohnt zum Beispiel die Programmbeauftragten hinter den engagiertesten Live-musikclubs und Programmreihen mit einem Preisgeld von insgesamt 2,67 Millionen Euro. In Stuttgart wurden 2021 der BIX Jazzclub und die Kiste ausgezeichnet. Mit solchen Programmen wird sichergestellt, dass Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich bleibt, unabhängig vom Geldbeutel. Davon profitieren unter anderem auch Jugendeinrichtungen, Theater, Museen und Bibliotheken.

Wie diese Beispiele zeigen, wirkt eine starke Sozialdemokratie vor Ort, in der Nachbarschaft. Sie bietet einen sicheren und stabilen Rahmen für Kommunen und so eine erfolgreiche und menschengerechte Entwicklung der Städte, auch in Botnang. Daher entscheidet die Bundestagswahl maßgeblich, wie es in den Kommunen und Städten weitergeht und ob genügend Mittel bereitstehen, in eine zukunftstaugliche Infrastruktur zu investieren und die Kultur zu erhalten.